

## Es wird helle.

Die Mitteilungen der „Reichspost“ über die „Kaiserbrief“-Angelegenheit vom „Fremdenblatt“ bestätigt.

Bereits in der Nachmittagsausgabe der „Reichspost“ vom 20. April war es in einem Nachwort zum Wechsel im Auswärtigen Amte beklagt worden, daß in diesem Falle „der amtliche Aufklärungsdienst auf der ganzen Linie versagt habe“, so daß die von der Nachricht gänzlich überrumpelte, von keiner Seite befriedigend aufgeklärte Bevölkerung mit patriotischer Sorge an gewisse Zusammenhänge glaubte. „Ein wertvoller Schatz von Imponderabilien“, hieß es in jenem Aufsatz, „ist in seinen Krisentagen verwirtschaftet worden; die Verantwortung trifft diejenigen, zu deren Amtspflichten es gehört hätte, die Bevölkerung durch rechtzeitige Aufklärung vor Irrungen zu schützen.“ Ein Teil dieser unentbehrlichen Aufklärung wurde in dem „Reichspost“-Artikel gegeben; aber die Wiener Presse — nicht so die auswärtige — schwieg unsere Feststellungen, natürlich nicht aus eigener Eingebung, tot. Inzwischen fraß das beklagte Uebel, von niemandem gestört, in der öffentlichen Meinung weiter. Alles schien den törichtsten Gerüchten zum Opfer zu fallen, die weitesten Kreise wurden von einer durchaus begreiflichen, wenn auch nicht begründeten Erregung erfaßt, welche in der bekannten Aktion der Herrenhausmehrheit nicht nur ihr parlamentarische Echo, sondern auch ihre Rechtfertigung zu finden schien. Für radikale Strömungen war eine Zeit der Höchstkonjunktur gekommen, und mit beiden Ohren horchte der Masarnradikalismus hin, um ja keine Entgeißlung zu verpassen und sich jede zu Nutze zu machen.

Nach wiederholten Bemühungen, die Voraussetzungen der bedauerlichen Stimmung als völlig irrig und unzutreffend aufzuzeigen, brachte die „Reichspost“ am 1. Mai „Klarstellungen“ von unterrichteter Seite, worin es zunächst gerügt wurde, daß „im Widerspruche sowohl mit dem österreichischen Herkommen als auch mit dem Wortlaute und Geiste der Verfassung aus Anlaß eines Ministerwechsels die Krone unter den Druck von Erörterungen und Aktionen gestellt werde, die geeignet erscheinen, alles Mißvergnügen gegen eine Stelle zu lenken, die als sakrosankt zu gelten hat.“ Der Artikel, der mit der Erinnerung schloß, daß es „eine Verfehrung aller Begriffe sei, eine Ministerschaft als das Bleibende zu behandeln und der Krone die Rolle des verantwortlichen Ministers zuzumuten“, sowie daß „die Verfassung verlange, daß der Minister die Krone zu decken hat, nicht umgekehrt“, übergab zugleich der Öffentlichkeit folgende wichtige Tatsachen:

„Es steht fest, daß Graf Czernin, also der verantwortliche Minister, davon unterrichtet war, daß Prinz Sixtus von Bourbon im Frühjahr 1917 mit der Herbeiführung einer Annäherung der kriegsführenden Staaten befaßt war und dies billigte.

Ja, noch mehr:

Graf Czernin war es, der diese Fühlungnahme anregte, und er war es auch, der auf den Prinzen Sixtus von Bourbon als die für diese Aufgabe geeignete Persönlichkeit hinwies und die Aktion tatsächlich leitete.

Es ist ferner, wie hiemit festgestellt sei, Tatsache, daß man auch an den zuständigen Stellen in Berlin von der Sache unterrichtet und damit einverstanden war und daß somit dort keineswegs Clemenceaus Enthüllungen, sondern höchstens seine verwegenen Textverfälschungen eine Überraschung bedeuteten.“

Diese Feststellungen riefen begreiflicherweise das größte Aufsehen hervor und machten denn auch die

Runde in der auswärtigen Presse, aber die Wiener Presse und der von ihr beherrschte Teil der Kronlandspressen schwiegen auch diese Veröffentlichung tot, natürlich auch diesmal nicht auf eigene Eingebung. Dies war um so bedauerlicher, als dadurch der in besorgniserregender Weise um sich greifenden Radikalisierung des Volkes Vorschub geleistet wurde. Die „Reichspost“ hat nicht aufgehört, der verhängnisvollen Legendenbildung entgegenzuwirken, soweit sie dabei von der Zensur nicht behindert wurde.

Nun endlich, volle zwei Wochen nach den „Klarstellungen“ der „Reichspost“ und nachdem die falschen Annahmen und Gerüchte bereits eine wahrhaft verheerende Wirkung getan haben, hat man sich entschlossen, unsere Mitteilungen in den offiziellen Spalten des „Fremdenblatt“ zu bestätigen und ihnen hiedurch für die übrige Presse einen Passierschein auszustellen. An leitender Stelle schreibt nämlich das heutige „Fremdenblatt“ in einem Artikel, dessen amtliche Herkunft ohne weiteres erkennbar ist, zum „Rücktritt des Grafen Czernin, der sich auch ohne den Sensationsstreich des französischen Ministerpräsidenten vollzogen hätte“, folgendes:

Für uns ist es aber jetzt, da die Tatsachen so vielen Behauptungen und Vermutungen das Lebenslicht ausgeblasen haben, an der Zeit, auch mit den Gerüchten aufzuräumen, die den Rücktritt des Grafen Czernin damit erklären wollen, daß er über eine für die äußere Politik so wichtige Aktion, wie die im Frühjahr 1917 eingeleitete Fühlungnahme mit Frankreich, nicht unterrichtet worden sei und die Verantwortung für eine solche nicht tragen wolle. Die Haltlosigkeit dieser Gerüchte geht schon aus der Erklärung des Grafen Czernin vom 7. April hervor. Als nämlich in dem Communiqué des französischen Ministerpräsidenten vom 6. April, in dem von der Zusammenkunft des Grafen Reverteas mit Major Armand im August 1917 und des Botschafters Grafen Mensdorff mit General Smuts die Rede war, die Frage aufgeworfen wurde: „Könnte sich Graf Czernin nicht an einen andern Versuch der gleichen Art erinnern, welcher nur zwei Monate vor der Unterredung Reverteas durch eine im Range weit über ihm stehende Persönlichkeit in Paris und London gemacht worden ist?“ erwiderte Graf Czernin: „Wenn Herr Clemenceau den 1. und 2. Minister des Außern fragt, ob er sich erinnert, daß zwei Monate vor der Unternehmung Reverteas — also vor etwa Jahresfrist — ein Versuch oder gleichen Art durch eine im Range weit über ihm stehende Persönlichkeit gemacht worden sei, so nimmt Graf Czernin keinen Anstand, dies zu bejahen, wobei der Vollständigkeit und vollen Korrektheit halber noch beizufügen ist, daß dieser Versuch gleichfalls zu keinem Ergebnisse geführt hat.“ Diese Erklärung, aus der genau zu entnehmen war, daß Graf Czernin sich der Mission des Prinzen „erinnerte“, von ihr also wußte und nicht etwa erst später von ihr erfuhr, ist in den bewegten Apriltagen offenbar überlesen worden. Sie wies auf die Tatsache, daß Graf Czernin diese Aktion angeregt, geführt und an ihr mit seinem verantwortlichen Rat mitgewirkt hat.

Sein Rücktritt erklärt sich — wie bereits früher wiederholt betont worden ist — mit Verschiedenheiten in den Auffassungen über andere Fragen, die zwischen der Krone und dem Minister bestanden und die auf längere Zeit zurückreichen.

Wenn der offiziöse Aufsatz schließlich betont, daß „Menschen, deren Blick in die Tiefe dringt, ohne sich durch Gerüchte und Leidenschaften beirren zu lassen, die Dinge nie anders angesehen haben, als sie hier rückschauend dargestellt sind“, so darf die „Reichspost“ von diesem Urteil zweifellos befriedigter sein als etwa — das „Fremdenblatt“.

Am 12. Mai schrieb die „Reichspost“ in dem Leitartikel „Deutschösterreichs Stimme“, der sich abermals mit der Beunruhigung der deutschen Bevölkerung Oesterreichs beschäftigte: „Es gibt gar keine dringendere Aufgabe, als durch weithin sichtbare Taten dieses Vertrauen wieder zu gewinnen.“ Diese weithin sichtbare Tat ist Ereignis geworden. Die Verlautbarungen über das Ergebnis der Kaiserzusammenkunft im deutschen Großen Hauptquartier sowie der in jedem Worte aufschlußreiche, das kostbare Ergebnis der Aussprache bestätigende Telegrammwechsel zwischen den verbündeten Monarchen bieten der Bevölkerung mehr an Auf-

klärung über den wirklichen Stand der Dinge und über die Vorgeschichte, als es die weitläufigsten Darlegungen zu tun vermöchten. Wo der umflorte Blick Schatten und Nebel sehen wollte, war Helle und Sonnenstrahl.